

Deutschland.

Berlin, 6. Dezember. Die „Bes.-Ztg.“ enthält die Nachricht, daß Frankreich sich bis jetzt geweigert habe, Preußen als Präsidialmacht des norddeutschen Bundes auf der Konferenz anzuerkennen. Dagegen ist zu bemerken, daß Frankreich überhaupt nicht in der Lage ist, den norddeutschen Bund oder Preußen als Präsidialmacht desselben anzuerkennen, da es überhaupt nicht aufgefördert worden ist, eine solche Anerkennung auszusprechen. — Nach einer Mittheilung der „Post“ hätte zwischen dem Ministerpräsidenten Graf Bismarck und dem Abg. Lasker eine Besprechung stattgefunden, worin der Erstere dem Letzteren anheimgegeben habe, sich um eine noch vakante Stelle beim Bundeskanzleramt zu bewerben. Darauf hätte der Abg. Lasker auf seinen politischen Standpunkt hingewiesen und Zweifel an den Erfolg der Bewerbung geäußert. Die Erzählung ist vollständig erfunden. Namentlich erfahren wir auch, daß Herr Lasker durchaus keinen Schritt der angebotenen Art beim Bundeskanzleramt gethan hat. — Zu dem Kapitel der Deklaration des §. 84 der Verfassung mag auch angeführt werden, daß außer in vielen andern konstitutionellen Ländern auch in der Schweiz kein Privilegium der Redefreiheit besteht. Die schweizerische Bundesverfassung vom Jahre 1848 bestimmt bloß, daß die Stände- und Nationalraths-Mitglieder wegen ihres Votums nicht zur Verantwortung gezogen werden können. Es sind also selbst in der Schweiz der Freiheit der Tribüne Grenzen gezogen. Dergleichen Sachen werden indessen von der Opposition wohlweislich verschwiegen, um besser auf die Unwissenheit des Publikums spekuliren zu können. — In Betreff der Entlassung des Justizministers Graf Lippe wird nächstens ein Allerhöchster Erlass publizirt werden, welcher den Vorgang ins richtige Licht zu setzen bestimmt ist. — Was den Kriegsminister v. Roon betrifft, so wird derselbe diesen Monat in Berlin zu bringen und erst nach Weihnachten seine Reise nach dem Süden antreten. — Befanlich hat die Mannschaft des preussischen Kriegsschiffes „Biveta“ Gelegenheit gehabt, die Schiffbrüchigen des englischen Dampfers „Sinepör“ in den japanesischen Gewässern zu retten. Der englische Vorkapitän Lord Loftus hat jetzt dem Kommandanten Offiziere und den Mannschaften der „Biveta“ auch den Dank der englischen Regierung für die geleistete Hilfe ausgesprochen. — Während nach dem am 23. November abgeschlossenen Postvertrag die Einnahmen des Fahrpostverkehrs mit den süddeutschen Staaten als gemeinschaftliche angesehen und nach Procentsätzen vertheilt werden, hat jede Postverwaltung das Porto- und die Rekommandationsgebühren für alle Briefe, Drucksachen und Waarenproben, welche auf ihren Postanstalten aufgegeben werden, allein zu beziehen. Dagegen wird die Gebühr für Post-Anweisungen und die Zeitungsprovision zwischen den betreffenden Post-Anstalten halbtheilhaftig getheilt. Der Vertrag berechtigt jede Post-Verwaltung, die Sendungen des Wechselverkehrs über das Gebiet einer andern Verwaltung in geschlossenen Brief- oder Fahrpostbücheln, bei geringerem Umfange des Verkehrs auch stückweise zu versenden. Daselbe Recht ist für die Sendungen des Durchgangsverkehrs eingeräumt worden, insofern dieselben, nachdem sie im Ausland eingegangen oder bevor sie an daselbe abzuliefern sind, noch über die zwischenliegenden Gebiete der Vertragstheilnehmer Beförderung zu erhalten haben. Die Verwaltungen der Gebiete, durch welche solche Sendungen gehen, haben, soweit sich's um Briefpostsendungen handelt, eine Gebühr nicht zu beziehen. Für Fahrpostsendungen findet dagegen eine Berechnung und Ausgleichung statt. Hierbei wird dasjenige Postgebiet, welchem die Sendung unmittelbar vom Ausland zugeht, als Postgebiet des Aufgabortes in der Richtung nach dem Ausland, dasjenige Postgebiet aber, von welchem die Sendung unmittelbar an das Ausland abgeliefert wird, als Postgebiet des Bestimmungsortes angesehen.

Berlin, 5. Dezember. Sr. Maj. der Kdnig empfing Donnerstags Vormittags einige Militärs, arbeitete darauf mehrere Stunden mit dem Kriegsminister v. Roon, dem General v. Pöbteleit und dem Chef des Militärkabinetts, Generaladjutanten v. Trosdow, machte hierauf eine Ausfahrt und hatte später Besprechungen mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck und dem Minister des Innern, Grafen zu Eulenburg.

Die unter dem Vorsitz des Abg. v. Bodum-Dolffs tagende Versammlung der linken Seite des Abgeordnetenhauses angehörenden Budgetkommissionen, die sogenannte freie Budgetkommission, hat auch gestern wieder getagt; fast alle Anträge, welche bis jetzt eingebracht wurden, sind entweder in ihrer Mitte angeregt oder doch wenigstens gebilligt worden. Gestern kam es zur Sprache, daß das diesmalige Budget ein Defizit von fast zwei Millionen hat, das durch extraordinäre Einnahmen gedeckt wird. Zwar sind die extraordinären Einnahmen als ordentliche aufgeführt, aber mit Unrecht. In Folge der Aufhebung des Salzmonopols wird nämlich die Salzdebitverwaltung aufgehoben und kommen bei dieser Gelegenheit die Salzbestände sämmtlich zum Verkauf, deren Erlös zu den laufenden Ausgaben verwendet werden soll. Das heißt: es wird Kapital aufgezehrt.

Sitzung des Bundesrathes vom 4. Dezember. Das Präsidium machte Mittheilung von einem Schreiben des preussischen Kriegsministeriums, betreffend die Steigerung der Militär-Ausgaben durch die hohen Korn- und Fouragepreise, welches an den I. und VII., ferner von dem zwischen dem norddeutschen Bunde und Oesterreich am 30. v. M. abgeschlossenen Vertrage über geschlossene Posttransite, welcher an den V. Ausschuss verwiesen wurde, und von der Zustimmung der süddeutschen Regierungen, Reis zur Privatlagerung zuzulassen, wovon Kenntniß genommen wurde. Auf die Anträge vom Großherzogthum Sachsen, betreffend die Rinderpest, beschloß der Bundesrath nach Anhörung des IV. Ausschusses: daß das beantragte Verbot der Einfuhr von Rindvieh aus Oester-

reich und Rußland nicht zu erlassen; daß allgemeine Quarantäne-Maßregeln nicht einzuführen, dagegen die bisherigen lokalen Verbote beizubehalten und mit Strenge durchzuführen; daß eine allgemeine Verordnung über die Desinfektion der zum Viehtransport benutzten Eisenbahnwagen zu erlassen; daß die Kaiserlich russische Regierung durch Vermittelung des Präsidiums zu ersuchen, dem Studium der Rinderpest in den Steppen eine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, und jedenfalls die preussische Regierung vom Ausbruch und Stand der Seuche in laudender Kenntniß zu erhalten; endlich, daß der ad hoc verfaßte III. Ausschuss mit Entwurfung eines Gesetzes zur Verhütung und Tilgung der Seuche zu beauftragen sei. Ueber den zugleich mit dem Gesetze, betreffend die vertragmäßigen Zinsen, zur Ausschuss-Beratung verwiesenen Antrag des Kanzlers, betreffend den auf dem Realkredit lastenden Druck, erstatteten der IV. und VI. Ausschuss Bericht. Nach dem schon in der Ausschussverhandlung hervorgetretenen Bedenken über die Kompetenz und über die Schwierigkeit einer einheitlichen Hypotheken-Ordnung bezüglichen Theil seines Antrages zurück, sich unter diesen Umständen eine schleunigere Erledigung desselben auf dem Wege der Landesgesetzgebung versprechend. — In Betreff des Hypotheken-Bankwessens wurde eine Enquete beschloffen, über welche die Ausschüsse Vorschläge machen sollen. Die Post-Verträge vom 23. v. M. mit Süddeutschland, Oesterreich und Luxemburg wurden genehmigt. Ein von dem V. Ausschuss entworfenes Reglement über das Verhältnis der Post zu den Staats-Eisenbahnen wurde zunächst auf 8 Jahre angenommen. Auf Anlaß eines Antrages der Waldeckischen Regierung wurden Vorschläge des V. Ausschusses über Verbreitung des Bundes-Geschäftes den Bundes-Regierungen zur Berücksichtigung empfohlen. Endlich wurde eine Anzahl von Petitionen erledigt.

Altona, 5. Dezember. Gegen die „Altonaer Nachrichten“ ist heute ein zweiter Prozeß von der Staatsanwaltschaft eingeleitet worden, und zwar wegen eines Artikels über die Amtsausübung von Zollbeamten.

Ausland.

Wien, 5. Dezember. Dem „Fremdenblatt“ zufolge sei Graf Crivelli schwerlich mit der Unterhandlung in Bezug auf das Konkordat betraut, da die Regierung neuerdings beabsichtige, um die Angelegenheit zu beschleunigen, einen außerordentlichen Bevollmächtigten dorthin nach Rom zu senden. — Der Kaiser antwortete der Deputation, welche ihm eine mit 200,000 Unterschriften versehene Petition aus Mähren, worin die Aufrechterhaltung des Konkordats nachgesucht wird, überreichte, daß er die Bittschrift dem Ministerium zur verfassungsmäßigen Behandlung zugewiesen habe.

Gegenüber den Bemerkungen hiesiger Blätter über die Haltung der österreichischen Regierung in der Konferenzfrage erklärt die „Wiener Abendpost“, daß triftige politische Gründe die Regierung noch abhalten, in dieser Beziehung Aufklärungen zu geben. — Die „Wiener Correspondenz“ schreibt: Ein Erlass des Unterrichtsministers vom 22. v. M. betont ausdrücklich, daß das Privilegium des Verlags der Schulbücher keineswegs Ausnahmen in dieser Beziehung ausschliesse. Der Gebrauch anderer, als der vorgeschriebenen Schulbücher in den Volksschulen sei gestattet, sobald auf eine von dem Lehrkörper ergangene Eingabe die Ermächtigung des Unterrichtsministers erfolgt sei. — Die Ehepaten zwischen dem Großherzog von Toscana und der Prinzessin Alice von Parma sind nunmehr unterzeichnet. Die Vermählung findet wahrscheinlich im Januar statt.

Paris, 5. Dezember. In der heutigen Sitzung des Corps legislatif billigte der Deputierte Jérôme David die Expedition nach Rom, welche gerechtfertigt sei durch die aggressive Stellung, welche Italien dem Papstthum gegenüber einnahm, durch die Undankbarkeit, die es Frankreich bewies, indem es einen Zeitpunkt wählte, wo es das letztere im Zerwürfniß mit Preußen und unvorbereitet glaubte. Frankreich müsse in Rom bleiben, bis die völlig veränderte Stellung und Handlungsweise Italiens nicht mehr unsere Solidarität mit der päpstlichen Regierung involvire. — Rouher rechtfertigt die Intervention Frankreichs in Rom vom moralischen, religiösen und sozialen Gesichtspunkte. Er legt die Religion dar, durch welche Garibaldi den Katholicismus ersetzen wollte. Das Verhalten Italiens — sagte der Minister — war aufrichtig bis zum 21. August, später unterwürdig, mitschuldig. Frankreich ist nach Rom gegangen, um einer Revolution, welche drei Stüppunkte hatte, nämlich Rom, Florenz und Paris, Halt zu gebieten. Unsere Truppen werden in Rom bleiben, so lange die Sicherheit des Papstes es erforderlich macht. Diese Sicherheit bedeutet nicht nur thatsächliche Ruhe, wir wollen auch, daß Italien ernste Garantien biete, Italien wird sich nie Roms bemächtigen. (Donnernder Beifall.) Der Minister fährt fort: Gleichzeitig aber wünscht die französische Regierung die Einigkeit Italiens zu befestigen. Beides muß zusammen bestehen. Rouher weist die Interpellation zurück und fordert die Kammer auf, der Regierung ein Vertrauensvotum zu geben, und namentlich, daß die Majorität sich nicht zersplittere!

Die Bureaux haben die Interpellationen wegen des Einganges jolles in Paris und wegen der Angelegenheit der Municipalität von Lyon nicht genehmigt.

London, 3. Dezember. Heute ist der Geburtstag der Prinzessin von Wales, den sie im engsten Familienkreise auf dem Gute Sandringham feiert (nur der Dienerschaft und den Schulkindern wird ein Schmaus zum Besten gegeben.)

Briefe von der Westküste Afrikas bringen einen näheren Bericht über das Gescheh mit den Eingeborenen, worin der englische Vice-Konsul Zell seinen Tod fand. Früh im Oktober, heißt es, unternahm der englische Bischof Cromwell eine Visitationsreise den Niger hinauf, landete an mehreren Missionsorten und kam schließ-

lich nach dem Dorfe Iba. Sobald aber der Häuptling der Gegend von seiner Ankunft Kunde erhielt, bemächtigte er sich seiner Person und schickte sogleich einen Boten an den englischen Konsul an der Mündung des Niger mit der Meldung, er werde den Bischof nur gegen hohes Lösegeld (den Werth für 1000 Sklaven) freilassen. Der Konsul selbst war abwesend, als diese Botenschaft an ihrem Bestimmungsorte eintraf, aber der Vice-Konsul Zell bemannte und equipierte sofort den Dampfer „Thomas Bayley“ und machte sich mit mehreren Händlern auf den Weg nach Iba. Dort wurde von den Eingeborenen die Auslieferung des Bischofs rund abgeschlagen, die Europäer bräuchten Gewalt und die Neger machten von ihren Waffen Gebrauch. Während des nun folgenden Kampfes nahm der Bischof Reißhaus nach der Küste. Vor der Uebermacht der andringenden Eingeborenen zogen sich die Weißen eben dahin sechtend zurück, erreichten auch ihr bereit liegendes Boot, wurden aber, ehe sie an Bord des Dampfers ankamen, von einem Hagel von Pfeilen überschüttet, deren einer dem Vice-Konsul Zell das Herz durchbohrte. Einige Kartätschschüsse hielten die Neger vor weiteren Angriffen ab.

Eine Depesche Lord Stanley's vom 16. November an den englischen Gesandten in Washington hält an dem ersten Vorschlag fest, die Frage, betreffend die Forderungen Amerika's, soweit dieselben auf den Kreuzer „Alabama“ Bezug haben, einem Schiedsgericht zu unterbreiten und alle anderen allgemeinen Forderungen der Entscheidung einer gemischten Kommission anheimzustellen. — Die „Anglo-Amerikanische Korrespondenz“ veröffentlicht Nachrichten aus Rio de Janeiro vom 9. November. Eine neue Revolution war in La Plata ausgebrochen. Oberst Papatricio beabsichtigte Payandu anzugreifen. Es ist eine bedeutende Anzahl Aufständiger und die Sache wird als sehr ernst betrachtet. — Aus Brasilien sind Verstärkungen nach Paraguay abgegangen, die beiden jüngst gemeldeten Siege sind noch nicht bestätigt. Zwei 6000 Mann starke Truppenkörper sind entsandt worden; der eine derselben will Sagü am Flusse Paraguay besetzen, um die Zufuhr von Lebensmitteln vom Flusse aus abzuschneiden, der andere hat die Richtung nach Acension genommen, um das Depot der Paraguaiten zu zerstören.

Italien. Ueber die Stellung der römischen Kurie zu der Konferenz geht der „Rdn. Ztg.“ von einem ihrer Korrespondenten folgende Mittheilung zu: Eine gestern, am 28. November, gemachte Aeußerung des Kardinal-Staatssekretärs Antonelli, die ich verbürgen kann, deutet auf eine Wandlung der früheren Auffassung des Konferenzzweckes. Wie bestimmt man noch vor Kurzem die Zumuthung der Theilnahme an einem diplomatischen Kollektivakte zurückwies, so hat man jetzt doch begriffen, daß es in der vorliegenden Alternative besser sei, die Konferenz zu wählen, da die Zustände des Landes vielleicht bald schon wieder die Ausdehnung des Belagerungszustandes über alle Provinzen nöthig machen. Kardinal Antonelli bemerkte gestern, der heilige Vater sei nicht abgeneigt, im Falle des Zustandekommens der Konferenz einen konsultativen Antheil nehmen zu lassen, in so fern über die Mittel berathen würde, dem heiligen Stuhle den Besitzstand der annectirten Territorien mit allen ihren Rechten wieder zu verschaffen. Hier sieht man nicht ohne einige Bangigkeit die französischen Truppen wieder abziehen; fast über die Hälfte wurde auf der Eisenbahn nach Civita-Vecchia befördert und schiffte sich zum Theil gestern (28. November) und heute (29. November) ein. Ist obige Aeußerung Antonelli's richtig — und wir zweifeln nicht daran — so erscheint die Konferenz im voraus mit dem Todtenkreuze besiegelt. — Die „Italia Militare“ berichtet von großer Thätigkeit in den Waffenfabriken.

Lissabon, 4. Dezember. Der Erzherzog Ludwig Viktor ist hier angekommen. — Die britische Flotte ist von ihrer Kreuzfahrt in den hiesigen Hafen zurückgekehrt. — Der nordamerikanische Kriegsdampfer Chamrod ist hier eingetroffen.

Bukarest, 5. Dezember. Der Franzose Vicat, Sekretär des Fürsten, ist plötzlich seines Dienstes entlassen. — Demeter Bratiano, welcher morgen auf seinen Posten nach Paris reist, wird in Wien wegen Abschlußes einer Postkonvention unterhandeln.

Pommern.

Stettin, 6. Dezember. Der Entwurf des Stadt-Haushalts-Etats für Stettin auf das Jahr 1868 schließt mit einem Defizit von 22,588 Thlr. 7 Sgr. 3 Pf. ab, da die Einnahme nur 620,278 Thlr. 1 Sgr. 8 Pf., die Ausgabe dagegen 642,866 Thlr. 8 Sgr. 11 Pf. beträgt. Die einzelnen Titel des Ordinariums weisen in der Einnahme folgende Summen nach: Tit. 1 Allgemeine Verwaltung 1223 Thlr., Tit. 2 Leistungen der Kirchen 248 Thlr. 16 Sgr. 9 Pf., Tit. 3 Schul-Verwaltung 35,008 Thlr. 9 Sgr. 4 Pf., Tit. 4 Armenpflege 24,401 Thlr. 4 Sgr. 10 Pf., Tit. 5 Leistungen an die Provinz und für den Staat 3654 Thlr., Tit. 6 Polizei-Verwaltung 4082 Thlr. 25 Sgr., Tit. 7 Feuerlöschwesen 3800 Thlr., Tit. 8 Verwaltung der Straßen, Brücken, Kanäle, Wege, Alleen 345 Thlr. 16 Sgr. 6 Pf., Tit. 9 Verwaltung der Hafen- und Handelsanstalten 31,291 Thlr., Tit. 10 Verschiedenartiges 12 Thlr. 15 Sgr., Tit. 11 Verwaltung der Liegenschaften durch Selbstbewirtschaftung 23,027 Thlr. 26 Sgr., Tit. 12 Verwaltung der Liegenschaften durch Verpachtung und Vermietung 63,244 Thlr. 9 Sgr. 4 Pf., Tit. 13 Verwaltung der Renten 11,356 Thlr. 16 Sgr. 2 Pf., Tit. 14 Verwaltung der Aktiv-Forderungen 18,583 Thlr. 14 Sgr. 10 Pf., Tit. 15 Verwaltung der Passiv-Schulden 50 Thlr., Tit. 16 Rathshofhof-Verwaltung 18,751 Thlr. 10 Sgr. 4 Pf., Tit. 17 Baumaterialien 43,378 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf., Tit. 18 Gasanstalt 140,200 Thlr.,

